INHALTSVERZEICHNIS

Seite

S Verein „Pfalz Touristik e.V.“

Satzung des Vereins „Pfalz Touristik e.V.“ S-1

Beitragsordnung Pfalz Touristik e.V. S-2

S

SATZUNG

DES VEREINS PFALZ TOURISTIK E.V.

i. d. Neufassung zum 13.02.2025

§ 1 Name und Sitz

1. Der Verein führt den Namen „Pfalz Touristik e.V.“ und ist der Zusammenschluss der im Pfälzer Tourismus wirkenden Kräfte.
2. Der Verein „Pfalz Touristik e.V.“ ist ein eingetragener Verein mit Sitz in Neustadt an der Weinstraße.

§ 2 Zweck des Vereins

Der Verein „Pfalz Touristik e.V.“ hat den Zweck, den Tourismus in der Pfalz im Zusammenwirken mit allen beteiligten Stellen zu fördern. Als Destination Management Organisation (DMO) nimmt er dabei die führende Rolle für die in der Pfalz stattfindenden touristischen Maßnahmen ein. Zu den Aufgaben zählen:

- Qualitätsorientierte, strategische Tourismusedwicklung der Region Pfalz
- Konzeption und Durchführung von Marketing- und Kommunikationsmaßnahmen mit dem Schwerpunkt Übernachtungsgäste (Print, Online, Pressearbeit, Kooperationen, etc.)
- Impulsgebung für touristische Projekte und Infrastrukturen

§ 3 Mitgliedschaft

1. Mitglieder des Vereins können:

- a) Landkreise und Kommunen sein, die bereit sind die Ziele des Vereins zu fördern. Diese sind stimmberechtigt gemäß § 9, 2..
- b) natürliche und juristische Personen sowie sonstige Personenvereinigungen sein, die als Fördermitglied die Ziele des Vereins unterstützen möchten. Durch den Beitritt einer juristischen Person oder sonstigen Vereinigung, werden deren Mitglieder nicht automatisch Mitglied im Verein Pfalz Touristik e.V.. Fördermitglieder sind nicht stimmberechtigt.

2. Die Mitgliedschaft wird durch schriftliche Beitrittserklärung gegenüber dem Vorstand und deren Annahme seitens des Vorstandes erworben. In der Anmeldung zur Aufnahme in die Mitgliedschaft verpflichtet sich der/die Anmeldende zur Einhaltung der Satzung.

3. Der Austritt kann nur schriftlich zum Ende eines Kalenderjahres mit halbjährlicher Kündigungsfrist erklärt werden.

§ 4 Beiträge

Die Höhe der Mitgliedsbeiträge sowie deren Fälligkeit werden von der Mitgliederversammlung geregelt.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet:

1. durch Auflösung des Vereins Pfalz Touristik e.V.
2. durch Tod bei natürlichen Personen oder Auflösung bei juristischen Personen
3. durch schriftliche Austrittserklärung gem. § 3, Ziff. 3.
4. durch Ausschluss aufgrund eines Beschlusses der Mitgliederversammlung. Der Ausschluss ist insbesondere dann möglich, wenn ein Mitglied durch sein Verhalten dem Ansehen und dem Zweck des Vereins in erheblichem Maße geschadet hat, oder wenn es, trotz wiederholter Aufforderung, seinen Mitgliedsbeitrag nicht zahlt. Bei Beendigung der Mitgliedschaft werden keine Geld- oder Sachleistungen erstattet.

§ 6 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- a) die Mitgliederversammlung
- b) der Vorstand

§ 7 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus neun Mitgliedern. Der/Die Geschäftsführer/in des Vereins und der/die Vorsitzende des Marketingbeirat Pfalz nehmen an den Sitzungen mit beratender Stimme teil.
2. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte eine/n Vorsitzende/n und zwei stellvertretende Vorsitzende. Der Verein wird durch die/den Vorsitzende/n und seine Stellvertreter/innen vertreten. Sie sind im Sinne von § 26 BGB alleinvertretungsberechtigt. Im Innenverhältnis dürfen die Stellvertreter/innen von der Vertretungsmacht nur Gebrauch machen, wenn der/die Vorsitzende verhindert ist. Die weiteren Vorstandsmitglieder sind zu einer Vertretung des Vereins nicht berechtigt.
3. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des/der Vorsitzenden.
4. Zu den Sitzungen des Vorstandes können weitere fachkundige Personen mit beratender Stimme hinzugezogen werden.
5. Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von vier Jahren gewählt.
6. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens fünf Mitglieder anwesend sind.

§ 8 Zuständigkeit des Vorstandes

Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte des Vereins Pfalz Touristik e.V.. In seine Zuständigkeit fallen alle Angelegenheiten, die nach der Satzung nicht der Mitgliederversammlung vorbehalten sind. Er kann bei Bedarf Ausschüsse einsetzen und deren Mitglieder berufen.

§ 9 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins.
2. In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied gemäß § 3, 1 a) eine Stimme. Je angefangene € 2500.- des Mitgliedsbeitrages erhalten die Mitglieder zusätzlich eine Stimme.
3. Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt der/die Vorsitzende des Vereins.
4. Die Mitgliederversammlung wird durch die/den Vorsitzende/n mindestens einmal jährlich einberufen. Die Einladungen müssen spätestens zwei Wochen vorher schriftlich oder in digitaler Form, unter Beifügung der Tagesordnung, versandt werden.
5. Die Mitgliederversammlung kann in Präsenz oder in elektronischer Form (z.B. per Videokonferenz) oder als hybride Veranstaltung stattfinden.
6. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder anwesend ist. Bei Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Mitgliederstimmen, sofern die Satzung nichts anderes bestimmt.
7. Der Vorstand ist verpflichtet, eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder dies schriftlich beantragen.
8. Diese Einladungen sind spätestens drei Wochen vorher schriftlich oder in digitaler Form, unter Beifügung der Tagesordnung, zu versenden.
9. Über die Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Vorsitzenden und vom Geschäftsführer/von der Geschäftsführerin zu unterzeichnen ist.

§ 10 Zuständigkeit der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung legt die Grundsätze für die Arbeit des Vereins fest.
2. Sie ist zuständig für:
 - Genehmigung des Wirtschaftsplanes
 - Abnahme der Jahresrechnung
 - Entlastung des Vorstandes und der Geschäftsführung
 - Satzungsänderungen
 - Festsetzung der Beiträge
 - Wahl der Mitglieder des Vorstandes
 - Wahl der Rechnungsprüfer*innen
 - Entgegennahme des Berichtes der Rechnungsprüfer*innen

- Auflösung des Vereins
- Ausschluss von Mitgliedern

§ 11 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 12 Geschäftsführung

Der/Die Geschäftsführer/in wird vom/von der Vorsitzenden, im Einvernehmen mit dem Vorstand, bestimmt. Ihm/Ihr obliegt die Ausführung der Beschlüsse des Vorstandes und der Mitgliederversammlung. Hierzu ergeht vom Vorstand eine gesonderte Geschäftsanweisung.

§ 13 Kassengeschäfte/Rechnungsprüfung

1. Die Kassengeschäfte führt der/die Geschäftsführer/in.
2. Die Kassen- und Rechnungsprüfung obliegt zwei von der Mitgliederversammlung zu wählenden Mitgliedern. Diese werden auf die Dauer von zwei Jahren gewählt.

§ 14 Satzungsänderungen

1. Anträge auf Satzungsänderungen müssen spätestens zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich oder in digitaler Form eingegangen sein. Diese sind spätestens eine Woche vor der Mitglieder-versammlung den Mitgliedern zu übersenden.
2. Satzungsänderungen bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Mitgliederstimmen.

§ 15 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer ausschließlich zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung erfolgen. Der Auflösungsbeschluss bedarf der Zustimmung von drei Viertel der abgegebenen Mitgliederstimmen.
2. Sind in dieser Mitgliederversammlung weniger als die Hälfte aller Mitgliederstimmen (§ 9 Abs. 2) vertreten, ist zur Beschlussfassung über den Auflösungsantrag innerhalb von vier Wochen eine neue Mitgliederversammlung einzuberufen. In dieser Mitgliederversammlung entscheiden über die Auflösung des Vereins drei Viertel der abgegebenen Mitgliederstimmen.

§ 16 Inkrafttreten

Die Satzungsneufassung wurde am 13.02.2025 von der Mitgliederversammlung beschlossen.

Zum Wohl
DIE PFALZ

Pfalz Touristik e.V.

Beitragsordnung

(beschlossen in der Mitgliederversammlung vom 05.12.2023)

- Gültig ab 1. Januar 2025 -

1. Mitgliedsgemeinden (Verbandsgemeinden, Ortsgemeinden, Städte, verbandsfreie Gemeinden, TSC*): Der Beitrag errechnet sich aus Teilbeträgen nach a) dem Grundbeitrag b) der Übernachtungszahl c) der Bettenzahl d) der Einwohnerzahl

- a) Grundbeitrag 500,- €
- b) je Übernachtung 0,050 €
- c) je Bett 1,50 €
- d) je Einwohner 0,030 €

2. Landkreise: der Beitrag errechnet sich aus Teilbeträgen nach a) dem Grundbeitrag b) der Übernachtungszahl c) der Einwohnerzahl

- a) Grundbeitrag 5.000,- €
- b) je Übernachtung 0,050 €
- c) je Einwohner 0,030 €

3. Kreisfreie Städte: der Beitrag errechnet sich aus Teilbeträgen nach a) dem Grundbeitrag b) der Übernachtungszahl c) der Bettenzahl d) der Einwohnerzahl

- a) Grundbeitrag 5.000,- €
- b) je Übernachtung 0,050 €
- c) je Bett 1,50 €
- d) je Einwohner 0,030 €

4. Fördermitgliedschaften für Vereine, Verbände, Gesellschaften und Kammern; Betriebe und touristische Leistungsanbieter

4.1 Übernachtungsbetrieb

- a) bis 20 Betten/Stellplätze 60,- €
- b) bis 50 Betten/Stellplätze 90,- €
- c) über 50 Betten/Stellplätze 120,- €

* Tourist-Service-Center (interkommunale Zusammenschlüsse)

Zum Wohl
DIE PFALZ

- 4.2 Für Jugendherbergen, Soziale Einrichtungen, Einrichtungen für Bildung etc. gilt die unter Punkt 4.1 aufgeführte Staffelung reduziert um 40%.
- 4.3 Gastronomiebetriebe 60,- €
- 4.4 Landwirtschaftliche Betriebe 60,- €
- 4.5 Verkehrsunternehmen und -vereine, Kammern, und sonstige Vereine nach freier Vereinbarung; Mindestbeitrag 180 €
- 4.6 Sonstige Leistungsanbieter 150 €

Werbeumlage: Laut Beschluss der Mitgliederversammlung vom **07.11.2011** wird die Werbeumlage in Höhe von **90%** des Beitrages festgesetzt. Sie wird mit dem Jahresbeitrag angefordert und auf alle Beträge erhoben. Ausgenommen von der Werbeumlage sind fördernde Mitglieder unter Punkt 4.

Den Einwohner, Betten- und Übernachtungszahlen sind die Zahlen der Statistik des vorvergangenen Jahres zugrunde zu legen (z.B. Zahlen aus 2022 für den Beitrag 2024). Die Mitglieder versichern die Richtigkeit der Angaben zur Berechnung der Beiträge.

Auf alle Beiträge und die Werbeumlage ergeht der jeweils gültige Mehrwertsteuersatz.

Sollten sich aus dieser Beitragsregelung in dem einen oder anderen Falle Härten ergeben, die auf besondere Verhältnisse zurückzuführen sind, so kann der Vorstand auf begründeten Antrag eine Sonderregelung treffen.